

Zuverdienstgrenzen: Wenig Änderung

Die geplanten neuen Zuverdienstregeln für Hartz-IV-Empfänger dürften kaum dazu führen, dass Bedürftige einen größeren Teil ihres Lebensunterhalts durch Erwerbsarbeit bestreiten werden.

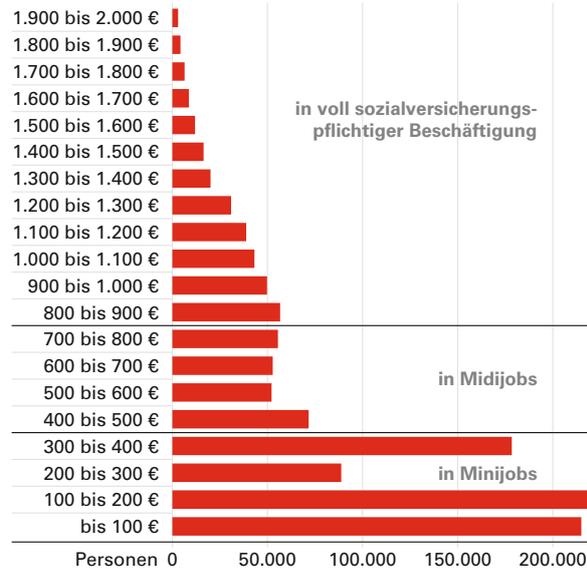
Ab Mitte 2011 sollen Bezieher von Arbeitslosengeld II, die zwischen 800 und 1.000 Euro durch Erwerbsarbeit hinzu verdienen, einen etwas größeren Teil des Geldes behalten dürfen. Nach den Plänen der Bundesregierung würden in diesem Verdienst-Intervall dann nicht mehr 90 Prozent, sondern nur noch 80 Prozent des Arbeitsentgelts auf die Grundversicherung angerechnet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat analysiert, wie sich die Reform auf die Beschäftigung und die öffentlichen Haushalte auswirken würde.* Fazit: Vom Plan der Bundesregierung dürften die „gewünschten Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung kaum ausgehen“. Mit etwa 240 Millionen Euro im Jahr seien allerdings auch die Kosten gering, so das IAB.

Im Mai 2010 gab es etwa 1,4 Millionen so genannte Aufstocker, die zusätzlich zu ihrem Erwerbseinkommen auf Grundsicherung angewiesen waren. Mehr als die Hälfte von ihnen hatten lediglich einen Minijob. Laut IAB besteht für Minijobber mit Hartz-IV-Bezug derzeit nur ein geringer Anreiz zur Ausweitung der Arbeitszeit. Denn nur die ersten 100 Euro bleiben anrechnungsfrei, höhere Verdienste führen zu erheblichen Kürzungen der Hartz-IV-Leistungen.

Entsprechend will die Regierung höhere Verdienste, also Jobs mit mehr Wochenstunden, für Leistungsbezieher attraktiver machen. Dieses Ziel lässt sich laut IAB jedoch nicht

Zuverdienst oft per Minijob

Von den erwerbstätigen Hartz-IV-Beziehern* verdienen brutto ...



* in abhängiger Beschäftigung; Stand September 2009
Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

ohne Nebenwirkungen erreichen: Entweder müssten kleine Jobs unattraktiver gemacht werden – so dass sich Personen, die aufgrund familiärer Verpflichtungen nur wenige Stunden in der Woche arbeiten können, vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Oder die Kosten für die öffentlichen Haushalte würden deutlich steigen. Indem die Regierung „die derzeit gültige Regelung nur marginal verändert, vermeidet sie letztlich eine Priorisierung“, so das IAB. ◀

* Quelle: Kerstin Bruckmeier u.a.: Reform der Hinzuverdienstmöglichkeiten im SGB II: Was am Ende übrig bleibt, IAB-Kurzbericht 24/2010
Download und Quelledetails unter www.boecklerimpuls.de

TARIFPOLITIK

Schleifspuren der Wirtschaftskrise

Beschäftigungssicherung hatte 2010 bei vielen Tarifabschlüssen oberste Priorität. Die tariflichen Einkommen sind insgesamt nur mäßig gestiegen.

„Die Tarifabschlüsse des Jahres 2010 zeigen deutliche Spuren der Krise“, resümiert WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck in seiner vorläufigen Tarifbilanz.* Vor allem in den Industriebranchen, die stark vom weltweiten Nachfrageeinbruch betroffen waren, setzten die Gewerkschaften auf tarifliche Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. Oft wurden zunächst lediglich Pauschalzahlungen vereinbart, dauerhafte Tarifierhebungen erfolgten erst später. Prominentestes Beispiel dafür ist der Abschluss für die Metallindustrie vom Februar. Für die Zeit von Mai 2010 bis März 2011 sieht er eine Pauschale von 320 Euro vor. Ab April 2011 steigen die Tarifentgelte dann um 2,7 Prozent. Der Abschluss gibt Unternehmen auch die Möglichkeit, die Tarifierhebung je nach wirtschaftlicher Lage um zwei Monate vorzuziehen. Eine Anzahl von Großunternehmen hat mittlerweile angekündigt, die Tarifierhöhung bereits am 1. Februar umzusetzen.

Der deutliche Einfluss der Krise auf die Tarifrunde 2010 hat auch Auswirkungen auf die kommende Tarifentwicklung: Die bereits für 2011 vereinbarten Tarifsteigerungen bewegen sich überwiegend zwischen 1,5 und 2,5 Prozent, zeigt Bispinck. Das gilt beispielsweise für das Bankgewerbe, die Papierverarbeitung oder Hotels und Gaststätten. Dank der starken wirtschaftlichen Erholung zeichnete sich allerdings im zweiten Halbjahr ein Trend zu höheren Tarifabschlüssen ab. „Vor allem der Abschluss in der Stahlindustrie mit einer Tarifsteigerung von 3,6 Prozent hat Hoffnungen auf eine dringend notwendige Trendwende in der Lohnpolitik geweckt“, sagt Bispinck.

Die Tarifrunde 2011 startet gleich Anfang des Jahres mit den Verhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder. Im Frühjahr folgen unter anderem die chemische Industrie, das Versicherungsgewerbe, die Druckindustrie sowie der Einzel- und Großhandel. ◀

* Reinhard Bispinck leitet das WSI-Tarifarchiv
Download unter www.boecklerimpuls.de